



## Niederschrift 28. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 23.05.2017
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:45 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

---

### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

Herr Clemens Viehrig                      CDU/ANW

#### Ausschussmitglieder

Frau Gesine Dannenberg	DIE LINKE	ab 18:02 Uhr, ab TOP 3.2
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	
Herr Uwe Adler	SPD	ab 17:35 Uhr
Herr Daniel Keller	SPD	
Frau Ingeborg Naundorf	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Christian Kube	DIE aNDERE	

#### sachkundige Einwohner

Herr Roman Böttcher	DIE aNDERE	
Herr Viktor Kalitke		
Frau Tina Lange	DIE LINKE	
Herr Ronald Sima	DIE LINKE	
Frau Eva Wieczorek	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Hans-Joachim Ziebarth	CDU/ANW	bis 20:00 Uhr

#### Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski	Beigeordnete Geschäftsbereich 2	bis 18:15 Uhr
------------------------------	------------------------------------	---------------

## **Nicht anwesend sind:**

### **zusätzliches Mitglied**

Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	entschuldigt
Herr Dennis Hohloch	AfD	entschuldigt

### **sachkundige Einwohner**

Herr Andreas Ehrl	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt
Frau Christiane Erning	Potsdamer Demokraten/BVB	nicht entschuldigt
Frau Grit Schkölziger	Freie Wähler SPD	entschuldigt

### **Schriftführer/in:**

Frau Nicole Heidrich GB Bildung, Kultur und Sport

### **Gäste:**

Frau Rademacher	FBL Bildung und Sport
Herr Weiberlenn	BL Bildung
Herr Gessner	BL Sport
Herr Wapenhans	KIS
Herr Tölke	FBL Kinder, Jugend und Familie
Frau Grasnick	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Herr Wolfram	BL Stadtentwicklung
Herr Dörnbrack	Staatliches Schulamt Brandenburg an der Havel
Frau Frevert	Kreislehrerrat
Frau Pichler	Stadtsporthund
Frau Tabor-Nowitzki	Komm. SL Grundschule BF II / Rote Kaserne Ost (17)
Herr Dr. Breuer	Elternteil Grundschule BF II / Rote Kaserne Ost (17)
Frau Hoffmann	Elternteil Grundschule BF II / Rote Kaserne Ost (17)

Frau Dr. Borchert	Vorsitzende Elternkonferenz Voltaire-Gesamtschule (9)
Herr Plenzke	Anwohner im Schneiderweg
Herr Radtke	Anwohner im Schneiderweg
Herr Schaffernicht	1. Vorsitzender Potsdamer Kickers
Frau Fabian	MAZ

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
  
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.04.2017 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
  
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 3.1 EINE Stadt für ALLE - Integrationskonzept der Landeshauptstadt Potsdam  
2016-2020  
Vorlage: 17/SVV/0351
  
  - 3.2 AKTIONSPLAN Kinder- und jugendfreundliche Kommune  
Vorlage: 17/SVV/0386
  
  - 3.3 Koordinierungsstelle Schule-Jugendhilfe  
Vorlage: 17/SVV/0364
  
  - 3.4 Errichtung einer Grundschule in Babelsberg  
Vorlage: 17/SVV/0365
  
  - 3.5 Schulreinigung eigenverantwortlich organisieren  
Vorlage: 17/SVV/0284  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
WA KIS
  
  - 3.6 Fußballplatz im Potsdamer Norden  
Vorlage: 17/SVV/0368
  
  - 3.7 Kunstrasenplatz Nowawiese  
Vorlage: 17/SVV/0286  
Fraktion DIE aNDERE  
SBV, WA KIS, JHA, HA

- 3.8 Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke  
Vorlage: 17/SVV/0220  
Fraktion CDU/ANW  
alle Ausschüsse (außer E/B, GSI, RPA) und OBR Groß Glienicke
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung (Sachstand Baumaßnahmen)
- 4.1.1 Aktueller Stand: Umzug der Leonardo-da-Vinci-Gesamtschule
- 4.1.2 Unterbringungsmöglichkeiten für die Klassen der Gesamtschule am Schilfhof
- 4.1.3 Grundschule Bornstedter Feld II / Rote Kaserne
- 4.1.4 Zustand Sanitäranlagen Voltaire-Gesamtschule
- 4.2 Berichterstattung zur Schulwegsicherheit am Oberstufenzentrum III "Johanna Just"  
gem. 16/SVV/0484
- 5 Sonstiges
- 5.1 Nächste Ausschusssitzungen
- 5.2 Kurzinformation Sachstand Fahrradständer

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.04.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

**Herr Viehrig** stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Sitzung sind fünf stimmberechtigte Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Ausschusses anwesend.

**Herr Viehrig** schlägt folgende redaktionelle Änderung der Niederschrift vom 18.04.2017 zum TOP 4.5 im Auftrag von Frau Schkölziger vor:

~~Frau Schkölziger geht auf die Raumproblematik an der Weidenhof-Grundschule ein. Der Auszug des Hortes aus den Räumen der Schule war eine Maßnahme um an der Schule für den Förder- und Sprachunterricht die dringend benötigten Räume zu erhalten.~~ **berichtet, dass am Standort Gymnasium Haeckelstraße sich ebenfalls die Zeppelin-Grundschule befindet, die unmittelbar von allen Veränderungen am Standort betroffen ist.**

**In die Gespräche für einen möglichen Umzug der fünf Klassen aus der Gesamtschule am Schilfhof sollte daher auch die Direktorin der Zeppelin-Grundschule eingebunden werden.**

**Daneben, die erwähnten Container ersetzen zur Zeit noch die Mensa und zwei Klassenräume der Grundschule. Bei der Diskussion zum Umzug der Schüler vom Schlaatz an den Standort Gymnasium Haeckelstraße sollte berücksichtigt werden, dass für das kommende Schuljahr Hortkapazitäten für die dortige Grundschule fehlen. Ein Ausbau des Hort "Sonnenland" soll möglich sein, dass ergaben frühere Beurteilungen, würden aber nicht rechtzeitig fertig werden. Da das Gymnasium noch aufwachsend ist und nicht alle Räume in ihrem Gebäude benötigen, wird von den Betroffenen (Grundschule und Hort) darüber nachgedacht und auch kommuniziert, dass der Hort diese nutzen könnte. Wenn die Schüler von der Gesamtschule am Schilfhof in die Haeckelstraße ziehen, stünde diese Option nicht mehr zur Verfügung.**

Gegen die Änderung der Niederschrift der Sitzung vom 18.04.2017 erheben sich keine Einwände.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:       **4**  
Ablehnung:           **0**  
Stimmhaltung:      **1**

Der **geänderten** Niederschrift wird **zugestimmt**.

Ab 17:35 Uhr ist Herr Adler anwesend. Es sind nun sechs stimmberechtigte bzw. stellvertretende Mitglieder des Ausschusses anwesend.

**Herr Viehrig** bittet die Tagesordnung unter Mitteilung der Verwaltung um folgenden angemeldeten Tagesordnungspunkt zu ergänzen:

- 4.1.1 Aktueller Stand: Umzug der Leonardo-da-Vinci-Gesamtschule
- 4.1.2 Unterbringungsmöglichkeiten für die Klassen der Gesamtschule am Schilfhof
- 4.1.3 Grundschule Bornstedter Feld II / Rote Kaserne
- 4.1.4 Zustand Sanitäranlagen Voltaire-Gesamtschule

**Herr Viehrig** bittet die Tagesordnung unter Sonstiges um folgenden angemeldeten Tagesordnungspunkt zu ergänzen:

- 5.2 Kurzinformation Sachstand Fahrradständer

**Herr Viehrig** schlägt vor, aus organisatorischen Gründen die TOPs 4.1 und 3.8 aufgrund der Rederechte nach vorn zu ziehen. Der TOP 4.2 soll bis zum 18.07.2017 zurückgestellt werden.

**Frau Naundorf** bittet darum, den TOP 3.5 zurückzustellen.

**Herr Kube** bittet darum, den TOP 3.7 zurückzustellen.

Die Ausschussmitglieder **stimmen** der vorgeschlagenen Verfahrensweise **zu**.

Folgende Anträge auf Rederecht liegen vor:

Zum TOP 3.6:

- Herr Plenzke und Herr Radtke (Anwohner)
- Herr Schaffernicht (1. Vorsitzender Potsdamer Kickers)

Zum TOP 4.1.3:

- Frau Tabor-Nowitzki (kommissarische Schulleiterin Grundschule im Bornstedter Feld II / Rote Kaserne (17))
- Herr Dr. Breuer (Elternteil)
- Frau Hoffmann (Elternteil)

Zum TOP 4.1.4:

- Frau Dr. Borchert (Vorsitzende der Elternkonferenz Voltaire-Gesamtschule (9))

Den Rederechten wird **einstimmig zugestimmt**.

### **zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### **zu 3.1 EINE Stadt für ALLE - Integrationskonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2016-2020 Vorlage: 17/SVV/0351**

**Frau Grasnick** stellt das Integrationskonzept anhand einer Präsentation vor (Anlage). Mit der Fortschreibung des Integrationskonzeptes wurde im Februar 2015 begonnen. Im September 2016 wurde die Vorlage auf Bitten des Oberbürgermeisters zurückgezogen, um eine Prüfung der neuen Regelungen, des seit August geltenden neuen Integrationsgesetzes, aufgegriffen wurden. Sie geht zunächst auf die Struktur des Konzeptes ein und stellt anschließend die Handlungsfelder vor.

Es schließen sich Nachfragen zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt und zur Fortbildungsmöglichkeit Deutsch als Zweitsprache an, welche von Frau Grasnick umgehend beantwortet werden.

**Herr Viehrig** bringt den Änderungsantrag ein. Er betont, dass bestimmte Punkte, wie z.B. das Erlernen der deutschen Sprache nicht nur zu fördern, sondern auch zu fordern und die Vermittlung des Religionsverständnisses wichtige Aspekte seien.

**Frau Dr. Magdowski** plädiert für eine klare Festschreibung von Werten, wie beispielsweise der Umgang mit dem Züchtigungsrecht von Frauen in der

muslimischen Gesellschaft.

Um 18:15 Uhr verlässt sie die Sitzung, um einen Termin in Vertretung des Oberbürgermeisters zu übernehmen.

In der sich anschließenden Diskussion wird auf den Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW eingegangen. Kritik wird v.a. an den letzten vier Anstrichen des Änderungsantrages geübt. Obwohl die Grundintention des Antrages erkennbar und auch bereits teilweise im Konzept enthalten sei, konnte inhaltlich kein Konsens gefunden werden, die Forderungen des Antrages aufzunehmen.

**Herr Viehrig** schlägt vor, den Änderungsantrag nochmal anzupassen und ihn gemeinsam mit der Beschlussvorlage zurückzustellen. Er stellt den Antrag auf Zurückstellung des Tagesordnungspunktes zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>2</b>
Ablehnung:	<b>4</b>
Stimmhaltung:	<b>0</b>

Der Änderungsantrag wird **abgelehnt**.

**Herr Wollenberg** betont, dass eine eindeutige Botschaft gesetzt werden müsse. Man solle das Konzept nicht weiter herauszögern. Ein abschließendes Votum zur Verwaltungsvorlage solle jetzt gefasst werden.

**Herr Viehrig** stellt das Integrationskonzept zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

EINE Stadt für ALLE - Integrationskonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2016-2020

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>5</b>
Ablehnung:	<b>1</b>
Stimmhaltung:	<b>0</b>

Die Vorlage wird **ungeändert beschlossen**.

#### **zu 4.1 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung (Sachstand Baumaßnahmen)**

**Herr Wapenhans** erläutert seine Präsentation (Anlage) kurz. Beim Standort Goetheschule erfolge die Übergabe planmäßig im Juni 2017. Auch der Schulstandort Gagarinstraße läge derzeit im Plan. Die Teilfertigstellung des Neubaus erfolge im Februar 2019, die des Altbaus im Juni 2020. Die Brandschutztechnische Sanierung der Steuben-Gesamtschule verzögere sich um ein Jahr. Grund sei die misslungene Ausschreibung zur Verschattung, welche wiederholt werden müsse. Sorgenkind sei ebenfalls die Leonardo-da-Vinci-Schule. An der Grundschule in Bornim wurde die Baugenehmigung leider zu spät

erteilt, sodass mit einem verspäteten Schulstart in dem Neubau zu rechnen sei.

**Herr Wollenberg** erkundigt nach dem Zeitplan der Errichtung des Hortes der Waldstadtgrundschule.

**Herr Wapenhans** sichert das Nachreichen des Zeitplanes zu.

#### zu 4.1.1 **Aktueller Stand: Umzug der Leonardo-da-Vinci-Gesamtschule**

Mit dem Ausreichen der Tischvorlage (Anlage) hat sich dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Die Fragestellung der Fraktion DIE aNDERE wurde somit beantwortet.

#### zu 4.1.2 **Unterbringungsmöglichkeiten für die Klassen der Gesamtschule am Schilfhof**

**Frau Rademacher** geht noch einmal kurz auf die Ausgangslage ein. Danach schildert sie, dass man in der letzten Ausschusssitzung eine Filiallösung am Standort Gymnasium Haeckelstraße favorisiert hätte, alternativ die Errichtung einer Containeranlage. Man habe sich anschließend gemeinsam mit der Schulleitung und dem Staatlichen Schulamt ins Benehmen gesetzt und die Prüfung der beiden Varianten vorgenommen. Anschließend sei man gemeinsam zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Filiallösung nicht tragbar sei, weil die Entfernung der beiden Standorte zu groß wäre. Weitere Filiallösungen in der Nähe des Standortes mussten ebenfalls ausgeschlossen werden. Es ist geplant, beim Staatlichen Schulamt eine Verlängerung des Unterrichts um ein bis zwei Stunden zu beantragen. Die Genehmigung liege derzeit noch nicht vor. Man werde zudem beim KIS die Errichtung der Containeranlage beantragen, bis Ende Mai warte man auf eine Bestätigung. Die finanziellen Mittel seien bereits beantragt.

**Frau Frevert** erkundigt sich, wie die schulorganisatorische Übergangsvariante im Konkreten aussehen werde.

**Herr Dörnbrack** erklärt, dass ein bis zwei Jahrgänge versetzt mit dem Unterricht beginnen werden, um so Räumlichkeiten zu schaffen.

#### zu 4.1.3 **Grundschule Bornstedter Feld II / Rote Kaserne**

**Frau Tabor-Nowitzki** berichtet, dass sie überraschender Weise aus der Presse erfahren musste, dass die Errichtung ihrer Schule auf der Kippe stünde. Einen Tag vor der Pressemitteilung habe sie einen Termin mit dem KIS und dem Fachbereich 21 gehabt. Aus diesem Gespräch konnte sie diesen Ausgang nicht entnehmen. Die bisher gute Zusammenarbeit sei somit gestört. Am Tag der Pressemitteilung habe sie die Eltern beruhigen müssen.

**Herr Dr. Breuer** sei ebenfalls von der Mitteilung überrascht worden. Sein Kind sei von der Schule – Trotz Containerbau – sehr begeistert. Die Kommunikationswege in der Stadt haben ihn misstrauisch gestimmt.

**Frau Hoffmann** informiert, dass sie zu diesem Zeitpunkt direkt den Kontakt zur Schulverwaltung aufgenommen habe. Sie bedankt sich nochmals für das konstruktive Telefonat mit Frau Rademacher.

Auch **Herr Viehrig** sei von der Mitteilung der Presse überrumpelt worden. Im Ausschuss hatte man sich über Möglichkeiten verständigt, in der Presse wurde mit klaren Fakten argumentiert. Er appelliert nochmals an die Verwaltung, den Ausschuss rechtzeitig über solche Informationen in Kenntnis zu setzen.

**Frau Rademacher** betont, dass eine Pressemitteilung nicht geplant bzw. beabsichtigt wurde. Die Informationen aus der öffentlichen Ausschusssitzung seien leider nicht korrekt übermittelt worden. Eine Richtigstellung wurde umgehend veröffentlicht.

**Herr Wollenberg** kritisiert, dass die Vorgehensweise von Herrn Richter nicht überdacht wäre. Dies müsse zukünftig vermieden werden.

**Herr Wapenhans** entgegnet, dass dem KIS die Problematik des Anwahlverhaltens der Fahrländer Familien in der Ausschusssitzung im April neu gewesen wäre, woraufhin es richtig war, Konsequenzen zu ziehen. Abschließend gibt er bekannt, dass der KIS in die nächste Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zum Kauf des avisierten Grundstücks einbringen werde.

#### zu 4.1.4 Zustand Sanitäranlagen Voltaire-Gesamtschule

**Frau Dr. Borchert** schildert, dass der Zustand der Sanitäranlagen des Schulgebäudes, qualitative als auch quantitative Mängel aufweisen würden. Die Toiletten seien in einem unzumutbaren Zustand. Eine Geruchsbelästigung würde permanent vorliegen, also auch in den Ferien und an den Wochenenden, obwohl diese in dieser Zeit nicht genutzt werden. Demnach kann eine Rückführung auf eine unsachgerechte Benutzung der Toiletten durch die Schülerinnen und Schüler nicht erfolgen. Eine durch den KIS vor zwei Jahren angekündigte Rohrbefahrung sei bislang nicht ausgeführt worden.

Da **Herrn Wapenhans** diese Problematik nicht bekannt sei, werde er dies mitnehmen und klären.

**Herr Sima** gibt zu bedenken, dass die Voltaireschule kein Einzelfall sei. Herr Richter habe in einer vergangenen Sitzung erklärt, dass ab 2014 die finanziellen Mittel für Sanierungsarbeiten nach Prioritäten vergeben werden. Es müsse unbestritten etwas getan werden, jedoch dürfe nicht der Grundsatz gelten: Wer am lautesten schreit, bekommt zuerst.

In der sich anschließenden Diskussion bittet man den KIS darum, bis zur nächsten Ausschusssitzung diesen Sachstand zu klären. Sollte dies nicht erfolgen, verständige man sich darauf, die Juli-Sitzung in der Voltaireschule abzuhalten, um sich von der Situation vor Ort selber ein Bild machen zu können.

**zu 3.2 AKTIONSPLAN Kinder- und jugendfreundliche Kommune**  
**Vorlage: 17/SVV/0386**

**Herr Tölke** stellt den AKTIONSPLAN Kinder- und jugendfreundliche Kommune vor. Dieser sei das Ergebnis eines Stadtverordnetenbeschlusses aus April 2015 und fußt auf Empfehlungen externer Gutachter. Die konkreten Ziele und Maßnahmen seien mit Unterstützung einer verwaltungsinternen Steuerungs- und Arbeitsgruppe entwickelt worden. Ferner hebt er hervor, dass es in Potsdam Flächenprobleme gäbe. Schul- und Sportflächen sollen effektiver genutzt werden. Hierbei gehe es vor allem um die Ferienzeiten. Zunächst soll mit ein bis zwei Maßnahmen begonnen werden, welche derzeit ermittelt würden.

**Frau Naundorf** erkundigt sich, warum der Finanzausschuss diese Vorlage zurückgestellt habe.

In der sich anschließenden Diskussion werden die Gründe erörtert. Die Rückstellung erfolgte unter dem Aspekt, als dass der finanzielle Rahmen der einzelnen Maßnahmen derzeit noch nicht abschließend feststünde.

**Frau Rademacher** betont, dass die vorliegenden Kapazitäten an Schul- und Sportflächen optimal ausgenutzt werden sollten, jedoch müsse man berücksichtigen, dass Unterhaltungs- und Pflegekosten ansteigen würden.

**Herr Gessner** ergänzt, dass die Nutzung der Sportflächen lediglich durch den Breiten- bzw. Freizeitsport erfolge, nicht durch den Leistungssport.

**Herr Viehrig** stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

AKTIONSPLAN Kinder- und jugendfreundliche Kommune 2017 - 2020

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>7</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmhaltung:	<b>0</b>

Die Vorlage wird **ungeändert beschlossen**.

**zu 3.3 Koordinierungsstelle Schule-Jugendhilfe**  
**Vorlage: 17/SVV/0364**

**Herr Wollenberg** bringt den Antrag ein. Angepasst an den Bedarf, solle im Rahmen des Gesamtkonzeptes Schule-Jugendhilfe die bereits vorgesehene Personalstelle geschaffen werden.

**Frau Rademacher** geht darauf ein, dass bereits in der gemeinsamen Ausschusssitzung mit dem Jugendhilfeausschuss in diesem Jahr, diese Problematik thematisiert wurde. Die Stelle wurde bereits im Zusammenhang mit der Aufstellung des Haushaltes 2017 beantragt, jedoch nicht genehmigt.

**Herr Viehrig** stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Fachbereich 21 die im Rahmen des Gesamtkonzeptes Schule-Jugendhilfe bereits vorgesehene Personalstelle ab 2018 zu schaffen und dementsprechend in der Haushaltsaufstellung 2018/19 zu berücksichtigen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>7</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmhaltung:	<b>0</b>

Der Antrag wird **ungeändert beschlossen**.

**zu 3.4 Errichtung einer Grundschule in Babelsberg**  
**Vorlage: 17/SVV/0365**

**Herr Wollenberg** bringt den Antrag ein. Er erkundigt sich, ob das Angebot von Herrn Schatz (Geschäftsführer der Filmpark Babelsberg GmbH) zur, durch die Verwaltung beauftragten, Machbarkeitsstudie bereits vorliege, sonst würde er darum bitten, den Antrag zurückzustellen.

**Frau Rademacher** entgegnet, dass eine Verschiebung sinnvoll wäre, da der erste Arbeitsstand von Herrn Schatz derzeit geprüft werde. Sie schlägt vor, den Tagesordnungspunkt bis zur Juni-Sitzung zurückzustellen.

**Herr Keller** kritisiert die im Antrag vorgegebene Zeitschiene. Diese suggeriere eine von vornherein unmögliche Zeitvorgabe zur Errichtung der Grundschule bereits zum Schuljahr 2022/23. Diesbezüglich habe man sich in der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung (AG SEP) anders verständigt.

**Herr Viehrig** beendet die Diskussion und bittet darum, dies in der nächsten AG SEP zu thematisieren bzw. in der nächsten Ausschusssitzung im Juni.

Der Antrag wird bis zum 20.06.2017 **zurückgestellt**.

**zu 3.5 Schulreinigung eigenverantwortlich organisieren**  
**Vorlage: 17/SVV/0284**  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Antrag wird bis zum 18.07.2017 **zurückgestellt**.

**zu 3.6 Fußballplatz im Potsdamer Norden**  
**Vorlage: 17/SVV/0368**

**Herr Viehrig** erteilt Herrn Plenzke das Wort.

**Herr Plenzke** trägt die Belange der Anwohner im Schneiderweg vor, sowie die Erfahrungen zum Standort, zur Problematik der Erreichbarkeit und die Bedenken hinsichtlich der unmittelbaren Nähe zum Denkmal „Lennésche Feldflur“ (Anlage).

**Herr Viehrig** erteilt anschließend auch Herrn Schaffernicht das Wort, um die Sicht des ansässigen Vereins vorzutragen.

**Herr Schaffernicht** betont die Notwendigkeit eines wettkampfgerechten Großfeldfußballplatzes im Potsdamer Norden. Die Vereinsarbeit sei seit 2000 aufgrund der Ausweichnotwendigkeiten stark eingeschränkt. Daher appelliere er für eine zügige Entscheidungsfindung durch die Stadtverordneten.

**Herr Wolfram** trägt den Standpunkt der Verwaltung anhand einer Präsentation (Anlage) vor. Nachdem er die Anforderungen des wettkampffähigen Fußballplatzes vorgestellt hat, geht er auf die einzelnen Standortprüfungen ein und erläutert deren Vor- und Nachteile. Auch mögliche Standortvarianten, welche während und nach der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung zur Flächennutzungsplan-Änderung aufgekommen waren, werden vorgestellt. Abschließend sei nur der Standort am Lerchensteig in Frage gekommen. Eine entsprechende Beschlussvorlage werde im Juni in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht. Ferner betont er, dass die Anwohner weiterhin beteiligt werden.

Der vorliegende Antrag sei somit bereits durch Verwaltungshandeln erledigt und erfordere keinen weiteren Beschluss.

**Frau Naundorf** erklärt, dass sie den Antrag zurückziehen werde. Sie bittet lediglich um eine tabellarische Übersicht zur Berücksichtigung der Naturschutzbelange bei der Überprüfung des Standortes am Lerchensteig.

**Frau Pichler** gibt als abschließendes Statement den Stadtverordneten mit auf den Weg, dass bei zukünftigen Beschlüssen zum Wohnungsbau auch die zukünftige Entwicklung von Schul- und Sportflächen im Vorfeld berücksichtigt werden sollen, um solche Diskussionen von vornherein zu vermeiden.

Der Antrag wird **zurückgezogen**.

**zu 3.7 Kunstrasenplatz Nowawiese**  
**Vorlage: 17/SVV/0286**  
Fraktion DIE aNDERE

Der Antrag ist bis zum 20.06.2017 **zurückgestellt**.

**zu 3.8 Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke**  
**Vorlage: 17/SVV/0220**  
Fraktion CDU/ANW

**Herr Viehrig** bringt den Antrag in der neuen Fassung ein.

**Herr Wollenberg** entgegnet, dass keine erkennbaren Veränderungen ersichtlich seien.

**Herr Wapenhans** führt aus, dass es sich um eine Sporthalle ohne pflichtigen Schulsport handle. Man habe wenig Möglichkeiten in absehbarer Zeit Geld in die Hand zu nehmen, um Sanierungsarbeiten durchzuführen, da laut Kommunalaufsicht dies keine pflichtige Aufgabe der LHP sei. Somit kann der Fortbetrieb der Halle auf lange Sicht nicht gewährleistet werden. Schlussendlich droht eine Schließung der Halle durch die Bauaufsicht. Es müsse daher gemeinsam mit dem Ortsbeirat eine Lösung gefunden werden, beispielsweise durch die Übernahme eines privaten Investors. Dennoch müsse die Nutzung durch Vereine weiterhin sichergestellt werden. Der Status quo müsse gewahrt werden.

**Herr Adler** berichtet aus dem Ausschuss für Kultur und Wissenschaften und dessen Beschluss. Man solle den neuen Antrag in Anlehnung an diesen Beschluss fassen.

**Herr Viehrig** übernimmt die Änderungen und macht noch einmal deutlich, dass die Sanierung der Halle sehr wichtig für den Ortsteil sei. Man verständigt sich auf folgende Änderung der neuen Fassung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke (Waldsiedlung) bis zum September 2017 ein Konzept zu entwickeln, wobei bei einer möglichen Ausschreibung durch Auflagen, Verträge oder grundbuchliche Absicherung sicherzustellen ist, dass

- ~~1. eine Sanierung derselben in einem angemessenen Zeitrahmen sichergestellt wird;~~
- ~~2. mögliche Vertragspartner ein tragfähiges Nutzungskonzept vorlegen und durch vertragliche Vereinbarung mit der Landeshauptstadt die Nutzung für Sportaktivitäten und Kulturveranstaltungen – mindestens im derzeit vorhandenen Umfang sowie zu den aktuellen Konditionen durch Vereine sowie zu vertretbaren Konditionen für die Landeshauptstadt Potsdam sichergestellt wird;~~
- ~~3. derzeit bestehende und genutzte Wegebeziehungen im Umfeld der Preußenhalle auch zukünftig bestehen bleiben.~~

~~Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr~~ **Den beteiligten Ausschüssen** und dem Ortsbeirat Groß Glienicke ist bis September 2017 zu berichten.

**Herr Viehrig** stellt die geänderte neue Fassung des Antrages zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>7</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke (Waldsiedlung) ~~ein Konzept zu entwickeln, alternativ die Ausschreibung zum Verkauf durch den Kommunalen Immobilien Service bis zum September 2017~~ **ein Konzept zu entwickeln**, vorzubereiten, wobei durch Auflagen, Verträge oder grundbuchliche Absicherung sicherzustellen ist, dass

1. ~~eine Sanierung derselben in einem angemessenen Zeitrahmen nach dem Kauf durch den Käufer erfolgen muss;~~
2. ~~der Käufer ein tragfähiges Nutzungskonzept vorlegt und durch vertragliche Vereinbarung mit der Landeshauptstadt die Nutzung für Sportaktivitäten und Kulturveranstaltungen mindestens im derzeit vorhandenen Umfang durch Vereine und die Landeshauptstadt Potsdam auch zukünftig sicherstellt;~~
3. ~~derzeit bestehende und genutzte Wegebeziehungen im Umfeld der Preußenhalle auch zukünftig bestehen bleiben.~~

~~Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr~~ **Den beteiligten Ausschüssen** und dem Ortsbeirat Groß Glienicke ist bis September 2017 zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

Der Antrag wird **geändert beschlossen**.

**zu 4 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 4.2 Berichterstattung zur Schulwegsicherheit am Oberstufenzentrum III "Johanna Just"**

gem. 16/SVV/0484

Die Berichterstattung wird bis zum 18.07.2017 **zurückgestellt**, da die Verkehrssicherheit derzeit noch durch ein externes Büro geprüft und ausgewertet werde.

**zu 5 Sonstiges**

## **zu 5.1 Nächste Ausschusssitzungen**

**Herr Viehrig** weist die Ausschussmitglieder darauf hin, dass die nächsten Ausschusssitzungen jeweils in verschiedenen Räumlichkeiten stattfinden werden:

20.06.2017: Begegnungszentrum OSKAR (ab 17:00 Uhr Führung durch das Schulgebäude der Grundschule „Am Priesterweg“)

18.07.2017: Stadthaus, Raum 1.077 oder ggf. Voltaireschule

## **zu 5.2 Kurzinformation Sachstand Fahrradständer**

**Herr Weiberlenn** informiert, dass bei 12 Schulen ein Defizit an Fahrradständern festgestellt wurde. Die Kosten hierfür belaufen sich auf ca. 125 TEUR. Eine Förderung in Höhe von 50% seien beantragt. Man habe bereits am 19.04.17 eine Eingangsbestätigung erhalten. Jedoch könne mit der Maßnahme erst begonnen werden, wenn der Zuwendungsbescheid vorliege.